



Rede zur Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran denen der Kämmerei, für die Ausarbeitung des diesjährigen Haushaltsentwurfes und ihre Bereitschaft, uns bei unseren Beratungen Rede und Antwort zu stehen, danken.

Im Besonderen gilt unser Dank Frau Kämmerin Sabine Noll und dem Kämmereileiter Guido Krämer, der in diesem Jahr die Klausurtagung der CDU Fraktion begleitet hat und uns den Haushaltsentwurf und zahlreiche Hintergründe für das Zahlenwerk näher bringen konnte.

Die Monheimer Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat die in sie gesetzten Erwartungen weit übertroffen und jährlich konnten höhere Einnahmen als geplant verzeichnet werden. So konnte die Verwaltung zum sechsten Mal in Folge einen strukturell ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen.

Stärken und Schwächen des Haushaltsentwurfs für 2016

Der Entwurf ist gekennzeichnet von zahlreichen Investitionen in Monheims Infrastruktur in bisher ungeahnter Größenordnung. Gerade in einer Zeit niedrigen Zinsniveaus und fehlender, anderer sicherer Anlagemöglichkeiten, unterstützt die CDU diesen Weg umfänglich. Die Steigerung des Eigenkapitals von derzeit 377 Mio. € bis auf rund 426 Mio. € in 2019 bildet dies ab.

Die weitere Absenkung der Gewerbesteuer auf 265 Hebesatzpunkte unterstreicht Monheims wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik und stellt Monheim auch im internationalen Vergleich als interessanten und wettbewerbsfähigen Standort dar.

Die Unterbringung zahlreicher Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Lieselott-Diem-Halle sowie die Unterbringung längerfristig zugewiesener Asylsuchender stellt eine große Herausforderung dar.

Die CDU dankt der Verwaltung hier ausdrücklich für ihren Einsatz im laufenden Jahr. Konnte doch hierdurch gemeinsam mit zahlreichen ehrenamtlichen Helfern eine Willkommenskultur in unserer Stadt gelebt werden.

Obwohl die Größenordnung des weiteren Flüchtlingsstromes nur äußerst schwer einschätzbar ist, erscheinen die derzeitigen Ansätze jedoch angemessen.

Nachdem im letzten Jahr der Stellenplan umfangreich um politisch motivierte Stellen, z.B. in der Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschafts-förderung, erweitert wurde, zeichnet sich in diesem Jahr ein etwas maßvolleres Vorgehen ab.

Neue Stellen werden vorrangig bedarfsdeckend im Bereich der Feuerwehr gemäß Brandschutzbedarfsplan, in der Stadtplanung und Stadtentwicklung zur Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen sowie in Folge der Flüchtlingsunterbringung ausgewiesen.

Meine Damen und Herren,

im Gesamten werden sich die Personalaufwendungen jedoch von ehemals rd. 16 Mio. € auf rd. 33,5 Mio. € in 2019 mehr als verdoppeln. Hier ist jegliches Augenmaß verloren gegangen. Erschwerend kommt hinzu, dass trotz der deutlichen Stellenausweitungen in allen möglichen Leitungsfunktionen, arbeitsintensive Bereiche wie Ordnung, Betriebshof, Bauaufsicht und Rechnungsprüfung permanent unterbesetzt sind.

Neben den, auch von uns unterstützen Investitionen in den Standort Monheim am Rhein, führen zahlreiche weitere Ausgaben im konsumtiven Bereich zu einem Abschmelzen der Liquiditätsrücklage in den kommenden Jahren. Eine Entwicklung, die bei einem Einbruch bei der Gewerbesteuer – aus welchem Grund auch immer – schwerwiegende Folgen haben kann.

Neben diesen allgemeinen Feststellungen zum Entwurf für 2016 hat die CDU eigene Schwerpunkte gebildet.

Die CDU steht für Sicherheit und Entlastung der Bürger

Diese beiden Kernthemen hat die CDU durch ihre Anträge in den Beratungen in den Fachausschüssen eingebracht. Zusätzlich sehen wir auch weiterhin den Bedarf für eine Stadthalle.

Es gilt die Steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen zu senken.

Um die Einbruchkriminalität besser zu bekämpfen, hat die CDU im GeKuSo vorgeschlagen, eine Diagnosesoftware für den Kreis Mettmann anzuschaffen und in einem ersten Schritt mit der Überwachung in Monheim zu beginnen.

Mittels dieser Diagnosesoftware sollen künftig innerhalb weniger Minuten alle kriminalistischen Daten analysiert und eine Vorhersage getroffen werden, wo und wann der nächste Einbruch stattfinden wird.

Inzwischen berichten mehrere Städte über positive Erfahrungen in Bezug auf den Einsatz entsprechender Vorhersagesysteme.

Die Trefferquote ist hoch, die Einbruchskriminalität geht in den überwachten Gebieten zurück. Die Verhaftungsquote konnte signifikant gesteigert werden. Bedauerlicherweise wurde unser Antrag von der Peto abgelehnt.

Sicherheit auf öffentlichen Plätzen steigern.

Durch Auswertung der Kriminalstatistik lässt sich herausfinden, welche Kriminalitätsschwerpunkte es in Monheim gibt. Die CDU hat daher die Erstellung eines Konzeptes zur Steigerung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei und weiteren zuständigen Gremien gefordert. Die erarbeiteten Maßnahmen sollen dabei nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden der Monheimer Bürgerinnen und Bürger steigern, sondern z. B. durch Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen Übergriffen jeglicher Art entgegen wirken und die Aufklärungsquote von Verbrechen signifikant steigern. Auch diese Forderung wurde von der Peto abgelehnt.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt an der Zeit die Bürger zu entlasten!

Monheim profitiert weiter von den anhaltend hohen Gewerbesteuereinnahmen. Es ist nun an der Zeit, die Bürger spürbar zu entlasten. Wir haben deshalb im Hafi die Senkung der Grundsteuer B von 385 auf 300 Punkte gefordert. Die Grundsteuer B betrifft sowohl Unternehmen wie auch Eigentümer, die Grundstücke zum Zwecke des Wohnens und Vermietens besitzen. Da diese Kosten in der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden, betrifft die Grundsteuer B also alle Bürger! Die von uns geforderte Senkung hätte im Durchschnitt für jeden Haushalt eine Ersparnis von rd. 100 € pro Jahr gebracht. Damit würde gleichzeitig ein weiterer Pluspunkt für den Standort Monheim geschaffen. Auch diese Forderung wurde von der Peto abgelehnt, obwohl im Haushalt 2016 ausreichend finanzieller Spielraum gewesen wäre.

Beitragsätze für die Umlage von straßenbaulichen Maßnahmen senken

Noch aus Zeiten des Nothaushaltes liegen in Monheim die Sätze für die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen über dem Kreisdurchschnitt. Die CDU hat daher eine Senkung auf das Niveau der Nachbarstädte zum 1.1.2016 beantragt.

Eine Anpassung an die Gebührensätze Düsseldorf und Langenfelds wäre auch im Sinne des Wettbewerbs um Neubürger und Unternehmen ein starkes Signal gewesen. Auch dieser Antrag wurde von der Peto abgelehnt.

Monheim braucht eine Stadthalle

In Monheim fehlt seit Langem eine Stadthalle für Großveranstaltungen aus den Bereichen Kultur und Brauchtum. Die Halle würde nicht nur zu einer Steigerung der Qualität und Attraktivität von Veranstaltungen der Marke Monheim e. V. beitragen, sondern auch dem Brauchtum für Großveranstaltungen wie der Damensitzung oder der Galasitzung der Altstadtfunken eine neue Heimat geben. Die neue Halle würde sich durch ein modernes Raum- und Technikkonzept auszeichnen, so dass sie sich für eine Vielzahl von Veranstaltungen nutzen lässt.

Da zwischenzeitlich bekannt wurde, dass die Verwaltung unter anderem Gespräche mit dem Eigentümer der alten Shell-Fassabfüllhalle aufgenommen hat, haben wir deshalb beantragt, 250.000€ Planungskosten für den Um- und Ausbau dieser Halle in den Haushalt einzustellen.

Der Bürgermeister hat im Hafi erklärt, dass die Verwaltung derzeit mehrere Standorte auf Machbarkeit und Verträglichkeit prüfe und im kommenden Jahr eine Vorlage hierzu einbringen werde. Obwohl die Prüfungen umfangreich seien, brauche er hierfür keine Haushaltsmittel. In Kenntnis der Planungskosten für vergleichbare Objekte halten wir das zwar für wenig realistisch, unser Antrag hatte sich damit allerdings erledigt.

Neben der reinen Betrachtung des Zahlenwerkes gibt die Haushaltsdebatte auch die Gelegenheit zur Reflexion allgemeiner politischer Themen.

Meine Damen und Herren, in Monheim prägt zunehmend eine Politik nach Gutsherrenart das politische Klima

Hatte der Bürgermeister am Wahlabend noch versprochen, er werde trotz absoluter Peto Mehrheit alle politischen Kräfte mit einbeziehen, so scheint er dies schnell vergessen zu haben.

Sie täten gut daran, zu interfraktionellen Gesprächen regelmäßig einzuladen, um allgemein tragfähige Positionen abzustimmen. Das Interfraktionelle Gespräch sollte nicht lediglich dem Zweck dienen, die übrigen Fraktionen über gerade erfolgte Presseerklärungen zu informieren, um einen Schein von Anstand zu wahren.

Bürgermeister und Peto begeben sich selbst - und leider auch unsere Stadt - immer weiter in eine Außenseiterrolle im Kreis Mettmann. Dies wurde nicht zuletzt bei der Diskussion um die Finanzierung der Förderschulen im Kreis Mettmann deutlich, bei der sich Monheim nicht nur aus der Kreissolidarität entziehen, sondern gleich den ganzen Kreis verklagen will.

Ähnliches war zu beobachten, als es um die Finanzierung der Berufsschulen ging, die bisher ebenfalls durch eine Verbundumlage geregelt ist. Hier wollte man Monheim sogar entgegenkommen und die Kosten künftig nur noch zu 40% über den Verbundanteil und zu 60% nach den Schülerzahlen der beteiligten Städte aufteilen. Doch selbst das war unserem Bürgermeister noch zu viel, er wollte eine noch günstigere Lösung für Monheim. Das fand natürlich nicht die Zustimmung der Verbandsversammlung. So bleibt es bei der alten 100 %tigen Verbundlösung – zum Schaden für unsere Stadt und zwar in finanzieller wie ideeller Hinsicht. Sie, Herr Bürgermeister, haben damit viel Porzellan zerschlagen!

Immer häufiger begegnet der Bürgermeister anders Denkenden mit Arroganz. Als sich zum Beispiel im GeKuSo eine breite Mehrheit gegen die Stimmen der Peto durchsetzte und die Verwaltung beauftragte, die Einrichtung eines Kultur-Taxis zu prüfen, stellte Herr Zimmermann lapidar fest, er kenne bereits das Ergebnis einer solchen Prüfung: es gebe keinen Bedarf und deshalb sei die Prüfung für ihn erledigt. Das Selbige gerade demokratisch beschlossen wurde, schert ihn dabei nicht.

Ein weiteres Beispiel ist die Acht-bis-Eins-Betreuung. Warum werden keine alternativen Betreuungsformen zur Ganztagschule angeboten? Mit der Fokussierung auf einen Schulstandort hätte man den Eltern eine Wahlmöglichkeit gelassen und die vielen verschiedenen Lebensformen hätten mehr Berücksichtigung gefunden. Die Welt ist nicht schwarz-weiß, auch wenn Sie das manchmal gerne so hätten, Herr Bürgermeister.

Das Chaos in der Stadtverwaltung bei der Kita-Platzvergabe nach Abschaffung der Kita-Gebühren war an sich schon ein Desaster, der Versuch des Bürgermeisters, das bereits vorhandene Problem, der gerade neu eingestellten Fachbereichsleiterin in die Schuhe zu schieben war die Steigerung. Jedenfalls folgte deren Pressedarstellung von fehlenden Kita-Plätzen der Rausschmiss auf dem Fuße. Die CDU ist jedenfalls noch heute Frau Griese-Pelikan dankbar für ihr engagiertes Handeln und ihre offenen Worte/Ehrlichkeit.

Herr Bürgermeister, es wird auch eine Zeit nach Daniel Zimmermann geben und Ihre Hinterlassenschaft wird dann eine vergiftete und von Misstrauen geprägte Atmosphäre in Rat und Verwaltung sein.

Meine Damen und Herren, für die Opposition sind schwierige Zeiten angebrochen

Im vergangenen Jahr wurden die Ausschusssitzungen eines Sitzungslaufes häufig in einer Woche zusammengelegt. Direkt in der Folgewoche wurde zum Hafi geladen und kurz drauf zum Rat.

Hierdurch waren sowohl die Ratsmitglieder, aber auch die Vertreter der örtlichen Presse, mit enormen Aktenbergen konfrontiert, die in kürzester Zeit bearbeitet werden mussten.

- Ist es Ihre Absicht, Herr Bürgermeister, hier die Demokratie ein Stück weit auszuhebeln?
- Die Opposition mürbe zu kochen?
- Ein Versuch, die öffentlichen Kontrollmechanismen zu überfordern?

Auch die chronische Unterbesetzung des Rechnungsprüfungsamtes nährt diesen Gedanken und lässt die Frage aufkommen, ob eine gewissenhafte Rechnungsprüfung schneller und oberflächlicher Betrachtung weichen soll.

Auch der Bürgerwille wird nicht ernst genommen

Den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zeigen Bürgermeister und Peto zunehmend absolutistische Züge. Jüngstes Beispiel: Der Birkenweg, wo über Nacht eine 40 Jahre lang bestehende Einbahnstraßenregelung aufgehoben wurde, ohne die Anwohner vorher zu informieren. Als die betroffenen Anwohner dann einen Bürgerantrag auf Beibehaltung der alten Verkehrsregelung stellten, wurde dieser natürlich von Peto abgelehnt. Anschließend wurden die Bürger durch eine weitere Reduzierung der Parkmöglichkeiten für ihr Aufbegehren quasi bestraft.

Das Festhalten an der Rodung des Wäldchens am mona mare, trotz der erfolgreichen Unterschriftensammlung für den Erhalt von Monheims „grüner Lunge“, zeigt das Bürgermeister und Peto eigene Interessen über den Bürgerwillen stellen.

Nun auch noch alle Kugelakazien in der Altstadt ersatzlos roden zu wollen, passt zu diesem rigorosen Vorgehen. Was zählen schon Naturschutz und Bürgerwille wenn sie den persönlichen Vorstellungen des Bürgermeisters von Stadtplanung nicht entsprechen, spielt doch Peto die sprichwörtliche Axt im Walde und beschafft die notwendigen absoluten Mehrheiten. Ist eigentlich den Peto Ratsmitgliedern die Tragweite Ihres Handelns bewusst?

Städtische Planungen nicht immer ausgewogen und erfolgreich

Bisher wurden alle großen Infrastrukturprojekte im Ortsteil Monheim umgesetzt. Kulturelle sowie familiäre Angebote wie Kunstschule, Musikschule und VHS sucht man in Baumberg vergebens. Auch das in Monheim schon langjährig erfolgreiche Mo.Ki-Café wird es erst ab 2016 in Baumberg geben obwohl die CDU schon in 2014 den Ausbau von MoKi-Angeboten in Baumberg forderte.

Nach drei jähriger Bauzeit haben sich alle auf die neugestaltete Krischerstraße gefreut. Das fade, ja sterile neue Erscheinungsbild setzt das triste Grau des Busbahnhofs fort und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Verrostete Kübel mit Sitzgelegenheiten um die Bäume mögen ja Geschmackssache sein. Aber die niedrigen Einfassungen der Bäume, wo nur ein etwa 7cm hoher Metallring aus dem Boden ragt, sind lebensgefährlich!

Ungeschickt gekennzeichnete Parkflächen, Kreisverkehre gerade neu geplant und schon mit Schraffuren nachgebessert, schlecht erkennbare und deshalb ständig umgefahrene Fahrradständer sowie eine Fahrbahn als Buckelpiste sind nur einige der zahlreichen Kritikpunkte – und nur noch mal zur Erinnerung: wir reden hier von einem komplett neu gebauten Straßenzug und nicht etwa von einer kompromissbehafteten Instandsetzung.

Es bleibt zu hoffen, dass hier schnell nachgebessert wird und dass man bei der Hauptstraße in Baumberg aus diesen Fehlern lernt.

Auch wenn Betriebshof und Feuerwehr Themen des letzten Jahres und nicht Schwerpunkt der laufenden Debatte waren, so möchte ich nochmals deutlich herausstellen, dass die CDU die jeweiligen Standorte für stadtplanerisch 2. Wahl hält. Weder konnten im Bereich von Feuerwehr, BSM und Betriebshof Synergie-Effekte durch einen Verbundstandort gehoben werden, noch kann eine Gefährdung des reibungslosen Betriebs der Wehr während der Bauphase 100%tig ausgeschlossen werden.

Dennoch danken wir Wehrleitung, Verwaltung und Planungsbüro für die Erarbeitung des Neubautentwurfs der zumindest das Optimum an dem politisch motivierten Standort herausholt.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zusammen fassen:

Die CDU wollte in diesem Jahr die Bürger entlasten und deren Sicherheit stärken. Trotz der Millionenüberschüsse im Haushalt, fanden unsere Vorschläge keine Mehrheit. Schlimmer noch, die erdrückende Peto-Mehrheit lies zu keinem Zeitpunkt eine Gesprächsbereitschaft erkennen. Alle Peto-Wünsche, z.B. der rd. eine Million € teure flächendeckende W-Lan Ausbau, wurden durchgedrückt, alle Vorschläge von Anderen wurden abgelehnt.

So richtig und wichtig Investitionen in den Standort Monheim auch sind, so gilt es dennoch Fingerspitzengefühl gegenüber denjenigen Städten im Kreis zu bewahren, die heute nicht über unsere finanziellen Möglichkeiten verfügen, Monheim jedoch viele Jahre über Wasser gehalten haben. So manch einem Bürger einer finanzschwächeren Stadt mag es befremdlich vorkommen, wenn er z.B. von jährlichen 250.000 € für ein flächendeckendes kostenloses W-Lan Angebot in Monheim liest.

Obwohl wesentliche Grundzüge des Haushaltsentwurfes für 2016, insbesondere in der Wirtschaftsförderung, unsere Zustimmung finden, bedauern wir die Ablehnung aller von uns gestellten Anträge zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und zur Steigerung ihrer Sicherheit.

Die CDU Fraktion wird deshalb den Haushaltsentwurf sowie den Stellenplan für 2016 ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Monheim am Rhein, am 16. Dezember 2015

Markus Gronauer

Vorsitzender der CDU Fraktion im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Anmerkung: Es gilt das gesprochene Wort.